

solidarität

avolve

April
2023

Ausgabe
#03

Das Magazin über Wissenschaft,
die Gesellschaft verändert

Wir verändern Gesellschaft

ISSN 2750-9826

EVANGELISCHE
HOCHSCHULE
FREIBURG



INHALT

- 4** Mein Weg:
Katrin Toens
Am Anfang war New York!
- 8** Was ist Solidarität?
Bernd Harbeck-Pingel wertet das öffentliche Einfordern von Solidarität als Krisensymptom
- 12** Junge Zielgruppen erreichen – aber wie?
Evaluation eines Weiterbildungsangebots
- 14** Grenzüberschreitung mit System
Euro-Campus für Soziale Arbeit wächst
- 16** (Un-)Mögliche Diskursräume
Überall Empörung?
Ein Ausweg: von Isabelle Ihring und Björn Kraus
- 24** Allein auf Professur?
Wie viel Konkurrenzdenken braucht Karriereplanung?
- 28** „Unsere Forschung macht Ungleichheiten sichtbar“
Nina Wehner gestaltet gesellschaftliche Diskussion über Gerechtigkeit
- 30** Die große Frage
Was ist ein guter Ganzttag in der Grundschule? Silke Kaiser weiß es
- 32** Auf Widerspruch einlassen
Diakonia ist eine Beauftragung, sagt Anni Hentschel, kein niederer Dienst
- 36** Abschied aus dem Hochschuldienst
Hiltrud Loeken im Porträt
- 37** 13 HAW – so gut wie staatlich!
Zusammen stark in der RKHD
- 38** Miteinander ist Strategieaufgabe
Renate Kirchhoff über den Umgang mit Veränderung

EDITORIAL

Was bedeutet das: solidarisch handeln und denken?

Menschen sind soziale Wesen. Wir brauchen Beziehungen und suchen sie in Gemeinschaften und Gruppen. Darüber definieren wir uns. Und wir erklären uns mit anderen solidarisch, vor allem dann, wenn wir grundlegende Werte verteidigen wollen. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig diese Solidaritätsidee für Gesellschaften ist – und wie komplex. Denn was ich selbst für solidarisch halte, können andere als unsolidarisch bewerten. Gerechtigkeit, Teilhabe und Unterstützung bilden den Kern aller Themen, zu denen wir in der EH Freiburg arbeiten: Soziale Arbeit, Bildung und Erziehung und Angewandte Theologie.

Für Wissenschaftler*innen dieser Disziplinen ist Solidarität auch fachlich ein zentrales Thema. Für uns als Hochschule stellt sich die Frage: Wann sind wir offen solidarisch – etwa mit Wissenschaftler*innen in Ländern, in denen die Freiheit der Wissenschaft in Gefahr ist? Neutralität ist hingegen beispielsweise in der Lehre geboten: Professor*innen befähigen Studierende dazu, begründet eigene Bewertungen zu treffen. Sie platzieren nicht ihre eigenen Meinungen als verbindliche Orientierung.



Das Thema Solidarität ist der rote beziehungsweise magentafarbene Faden in unser dritten ev.olve-Ausgabe. Wir schauen auf Solidaritätsaspekte beim Forschen und Lehren und auf das Mit- und Gegeneinander während der Karriereplanung. Und wir setzen uns kritisch mit dem Begriff auseinander. Sie werden verschiedene Antworten auf die Frage finden: Was bedeutet das denn, solidarisch handeln und solidarisch denken?

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.

Prof.in Dr.in Renate Kirchhoff
Rektorin der Evangelischen Hochschule Freiburg

Prof.in Dr.in Katrin Toens

Mein Weg: Katrin Toens



In den 1990er-Jahren studiert Katrin Toens Politik in New York, wo Armut und Obdachlosigkeit das Stadtbild prägen. Wie wir politisch mit sozialen Missständen umgehen, beschäftigt sie seitdem immer wieder. 2011 wird Toens Professorin für Politikwissenschaft an der EH Freiburg. Rückblick auf einen ungewöhnlichen Werdegang.

„Ich fand die Arbeit bei der UNO wahnsinnig interessant, weil hier soziale Probleme im globalen Rahmen politisch verhandelt wurden.“

Die Jahre in New York

Mitte der 1980er-Jahre interessiert sich Katrin Toens noch nicht so brennend für Politik, ein Studium ist auch nicht geplant. „Nach dem Abitur hat es mich nicht direkt an die Universität gezogen. Ich wollte etwas Praktisches machen und entschied mich für eine Ausbildung zur Fotografin“, erinnert sich Katrin Toens. Ende 1987 ergreift sie die Möglichkeit, im New Yorker Atelier eines Fotografen zu arbeiten. Das Leben dort verändert ihren Blick auf die Welt. „Ich bin damals viel durch die Stadt gelaufen und habe fotografiert. Die neoliberale Kehrtwende unter dem damaligen Präsidenten Ronald Reagan hatte ihre Spuren im Stadtbild hinterlassen: Wohnungslose Menschen irrten in den Straßen umher, campierten in Parks oder suchten Unterschlupf in öffentlichen Gebäuden. Das Ausmaß an sichtbarer Armut und Verwahrlosung war schockierend.“ Diese Erfahrungen wecken ihr Interesse an den politischen Ursachen und Lösungsmöglichkeiten sozialer Missstände. Bald eröffnet sich die Chance, neben den fotografischen Ausdrucksmöglichkeiten auch andere Kompetenzen zu schulen, die zum politischen Handeln gehören. Im Sommer 1989 fragt eine Bekannte, die bei der UNO arbeitet, ob sie einspringen könne: Das Büro der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen suche eine Schwangerschaftsvertretung. Toens bewirbt sich und wird genommen. „Ich fand die Arbeit bei der UNO wahnsinnig interessant, weil hier soziale Probleme im globalen Rahmen politisch verhandelt wurden.“ Das gibt den Anstoß, sich intensiver mit Politik zu beschäftigen. Wissenschaftlich. Im Oktober 1989 beginnt Katrin Toens ein Studium der Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Auf das Grundstudium in Deutschland folgt ab 1992 das Hauptstudium an der New Yorker Jesuitenuniversität Fordham, das sie 1994 mit dem Abschluss „Master of Political Science“ abschließt.

Akademische Karriere in Deutschland

Mit der Entscheidung zu promovieren, beginnt für Katrin Toens die akademische Karriere in Deutschland. „Für meine Promotion habe ich bewusst eine deutsche Universität gewählt“, sagt sie. Thematisch ist ihr die vergleichende Perspektive auf die Sozialpolitik der beiden Länder wichtig. Toens entscheidet sich für eine gerechtigkeitstheoretische Analyse der Sozialhilfereformen in den USA und in Deutschland. „Auch in Deutschland diskutierte man in den 1990er-Jahren kontrovers über die restriktive Workfare-Reform in den Vereinigten Staaten, etwa im Zusammenhang mit der Hartz-IV-Reform und mit dem Schröder-Blair-Papier zur Modernisierung der Sozialdemokratie. Ich fand es ungerecht, Menschen, die ohnehin an den Rand gedrängt sind, in irgendeinen Job zu zwingen, indem man ihnen androht, existenzsichernde Sozialhilfeleistung zu entziehen.“

Um den Jahrtausendwechsel arbeitet Katrin Toens als wissenschaftliche Mitarbeiterin an den politikwissenschaftlichen Instituten verschiedener Universitäten. In Berlin sammelt sie praktische Erfahrungen in den internationalen Beziehungen, etwa als Ausbildungsassistentin beim Auswärtigen Amt und bei der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung. 2002 erhält sie eine Stelle als wissenschaftliche Assistentin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Hamburg. Dort wird sie Junior- und Vertretungsprofessorin. Was die Profilbildung betrifft, sieht sich Toens eher als Generalistin. „Ich hatte nach dem Master ein starkes Interesse an Theorien und Grundlagenforschung, auch durch den Stellenwert von Ethik und politischer Philosophie an der Fordham University“, sagt sie, „aber ich hatte immer auch einen Bezug zur Praxis und zu empirischen Befunden.“ Auf ihrer Publikationsliste finden sich Arbeiten zu feministischen Perspektiven in der Sozialpolitikforschung, zu Gerechtigkeitstheorien, Kindeswohl, Jugendrecht, Hartz-IV-Reform und politischer Partizipation in der Sozialen Arbeit. Habilitiert wird sie an der Universität Münster mit einer empirischen Arbeit zur deutschen Hochschulpolitik im Bologna-Prozess.

Als die EH Freiburg 2011 eine Professur für Politikwissenschaft ausschreibt, trifft das den Nerv der Politologin Toens: „Ich konnte mich mit meinen sozialpolitischen Interessen in dem Stellenprofil wiederfinden.“ Eine neue Etappe beginnt. Mittlerweile sind es über zehn Jahre auf dieser Professur. „Ich fühle mich hier sehr wohl, weil ich das Fach in der ganzen Breite vertreten kann“, sagt Toens. Ihre aktuellen Schwerpunkte sind Politikfeldanalyse, Familien- und Geschlechterpolitik, Europäische Integration, Sozialpolitik und Interessenvertretung der Sozialen Arbeit.

Der Wechsel von der Universität an die Hochschule forciert eine didaktische Entwicklung: weg vom Input-Trichter, hin zu mehr Einbindung und Handlungsorientierung.

Der Pfad zur guten Lehre

Die Politikprofessorin Toens prägt die Ausrichtung der EH Freiburg auch als Studiengangsleitung für den forschungsorientierten Master Soziale Arbeit mit. „In der Sozialen Arbeit ist das Politische sehr präsent. Insbesondere, wenn sie Leitungsfunktionen übernehmen, sollten Fachkräfte die politischen Implikationen ihrer Tätigkeit reflektieren und möglichst auch mitgestalten.“ Nicht nur zum Wohl ihrer Adressat*innen – es sei auch wichtig, die Interessen der Sozialarbeitenden in der Öffentlichkeit, gegenüber Arbeitgeber*innen, Kommunen und Ländern sowie in der Politikberatung von Ministerien professionell zu vertreten.

Wie macht man Lust auf politisches Denken – anstelle von politischem Zynismus? Und wie trägt man die Erkenntnisse und Instrumente der Politikwissenschaft gut an Studierende der Sozialen Arbeit heran? Die neuberufene Professorin steht zunächst vor mehreren Hürden: Es gibt kaum brauchbares Material. Toens schließt sich der heutigen Sektion Politik Sozialer Arbeit innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit an. Gemeinsam entwickelt die Gruppe Leitfäden und Lehrbücher. Ein anderes Problem wird ihr erst im Nachhinein bewusst: Die Hochschullehre, die sie selbst an der Universität kennengelernt hat, ist eher textlastig und an den Forschungsinteressen der Lehrperson ausgerichtet. „An der Universität wurden wir kaum didaktisch geschult. Vieles musste ich mir selbst aneignen.“ Der Wechsel von der Universität an die Hochschule forciert eine didaktische Entwicklung: weg vom Input-Trichter, hin zu mehr Einbindung und Handlungsorientierung. Toens beginnt, sich zurückzunehmen. Sie gibt Impulse, moderiert, konzentriert sich darauf, die Studierenden etwas erreichen zu lassen. „Je stärker ich meine Rolle darin sehe, einen Raum zu schaffen, in dem die Studierenden selbst aktiv werden, desto besser gelingt es, sie zu befähigen.“



Die Digitalisierung der Hochschulen begleitet diese Neuausrichtung der Lehre. Toens hat eine aufgeschlossene, aber nicht unkritische Haltung zur digitalen Lehre. Zum Beispiel stellt sie gerne vorab Material in den „Flipped Classroom“ und ordnet es mit Sprachnachrichten ein. „Hybride Lehre ermöglicht uns, die Präsenzzeit besser zu nutzen. Wir können dann direkt in die Diskussion einsteigen und Inhalte in unterschiedlichen Lehr-Lern-Settings vertiefen.“ Eine zweite Chance der Digitalisierung: Sie kann die Studierenden relativ spontan und unkompliziert mit internationalen Expert*innen ins Gespräch bringen, die für Präsenzseminare sonst extra anreisen müssten.

Es zahlt sich aus, dass Katrin Toens ihre Politikdidaktik reflektiert und an neue Herausforderungen angepasst hat: Im Herbst 2022 gewinnt sie den ersten Lehrpreis der EH Freiburg. Mit der neuen Auszeichnung will die Hochschule ihr Kollegium motivieren, kreative Lehrkonzepte zu entwickeln und durchzuführen. Neben der Wertschätzung bekommen die Preisträger*innen jeweils 1000 Euro für die zukünftige Lehre. Toens erhält den Preis für ihre Politiklehre im forschungsorientierten Master Soziale Arbeit. Im Fokus steht die Durchführung einer Exkursion nach Brüssel. Zur Vorbereitung organisiert Toens ein Planspiel und eine Videokonferenz mit internationalen Expert*innen aus dem EU-Parlament, dem Europäischen Ausschuss der Regionen und dem Europabüro der Diakonie Deutschland in Brüssel. Der Aufenthalt in der EU-Hauptstadt startet mit einer Fahrradtour zu den Themen Nachhaltigkeit und Mobilitätswende. Es gibt immer wieder Zwischenstopps für Gespräche mit Sozialarbeitenden und Lokalpolitiker*innen. Anschließend sprechen die Studierenden im Presseclub

Toens erhält den Preis für ihre Politiklehre im forschungsorientierten Master Soziale Arbeit.

Brüssel selbst als Expert*innen der Sozialen Arbeit mit jungen NGO-Mitarbeitenden und Europapolitiker*innen. Die Erkenntnisse werden auf der digitalen Plattform „Europe Bottom-Up“ der Stiftung Zukunft Berlin veröffentlicht. Die Jury lobt Toens „höchst anspruchsvolles und spannendes Format mit hoher Innovativität, Abwechslungsreichtum und Engagement“. Katrin Toens setzt das Preisgeld für Lehrmittel ein, mit denen die mobile Lehre ausgebaut werden kann. Sie wird ihre Politiklehre weiterentwickeln und die Chancen der digitalisierten Welt auch künftig nutzen. Ziele, die dabei besonders im Vordergrund stehen, sind der Ausbau der Praxisforschung im Master sowie die Förderung transformativer Kompetenzen zugunsten eines angstfreien und offensiven Umgangs mit den politischen und sozialen Herausforderungen globalisierter Gegenwartsgesellschaften.

Dirk Nordhoff

Ein Gespräch mit
Prof. Dr. Bernd Harbeck-Pingel

Was ist Solidarität?



Für Bernd Harbeck-Pingel ist Solidarität vor allem gelebte Praxis. Warum der wissenschaftliche Direktor des Freiburger Friedensinstituts den Begriff kritisch sieht, erklärt er im Gespräch.

Herr Harbeck-Pingel, in jüngster Zeit hat der Begriff „Solidarität“ Konjunktur: Immer wieder wird solidarisches Verhalten öffentlich bekundet oder eingefordert. Aber was ist das eigentlich: Solidarität? Zunächst einmal meint Solidarität das Verhalten einer Gruppe, die Ähnlichkeit mit einer anderen, notleidenden oder bedrängten Gruppe zum Ausdruck bringt. Der Begriff wurde im Zusammenhang der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert starkgemacht und ist dann gesellschaftlich lange Zeit sehr präsent geblieben. Er wanderte schließlich bis in die Theologie der 1970er ein, die sogar Gott solidarisch nannte. Heute wird das Wort „Solidarität“ häufig als Aufmerksamkeitsmarker verwendet. Dabei nutzt

sich der Begriff ab, wird zur hohlen Phrase. Solange sich für diejenigen, die Gegenstand der Solidaritätsbekundungen sind, nichts ändert, ist das bloß ein Diskursformat.

Aber wenn ich Ihnen jetzt freundlich gegenüberrete und sage: „Ich solidarisiere mich mit Ihnen!“, und daraufhin fühlen Sie sich nicht mehr so allein auf der Welt – könnte das nicht doch eine Form praktischer Hilfe sein?

Das wäre eine überflüssige Verwendung des Begriffs, das sollte man lassen. An der Stelle muss man den hohen Begriff der Solidarität gar nicht heranbringen und würde dann eben etwas anderes sagen – Mitgefühl zum Beispiel. Und auch in vielen Situationen praktischer Hilfe, wie sie zwischen Menschen etabliert ist, braucht man den Begriff nicht. Ein Beispiel: Ein ehemaliger Kollege war Mitglied eines „Friedenskreises“. 1993 hat dieser Kreis mehrmals im Jahr Hilfslieferungen in die Gegend von Tschernobyl organisiert – sieben Jahre nach der Katastrophe. Diese Geduld aufzubringen, für diese Kontinuität zu sorgen, muss nicht zwingend als Solidarität etikettiert werden. Das kann auch als eine Form von sozialem Zusammenhalt gelten, der den Begriff der Solidarität nicht mehr für sich reklamieren muss.

Der Soziologe Heinz Bude glaubt, eine Quelle der Solidarität sei das Bewusst-

sein der eigenen Verwundbarkeit. Sehen Sie das auch so?

Natürlich kennen wir alle die Angst, verletzt zu werden, das mag auch bei Solidarität eine Rolle spielen. Aber die eigenen Handlungsmöglichkeiten zu erkennen und jemanden beispielsweise durch öffentlichen Protest zu unterstützen, das ist ja eine Aktivität. Anthropologisch ist mir die Aufmerksamkeit für Aktivitätsmuster wichtiger.

Ich wage einen Rettungsversuch: Es ist doch etwas Interessantes an der Idee, dass ich durch die Erfahrung, nicht alles im Griff zu haben, verstehe, dass andere ebenfalls nicht allein für ihre Lage verantwortlich sind. So weiß ich dann: Ich kann und sollte solidarisch sein, eine helfende Hand ausstrecken.

Einverstanden. Die Pointe ist: In theologischen Kontexten ist die Begrenztheit des eigenen Handlungsradius selbstverständlich, ebenso wie die Frage danach, wann ich mich überfordere und wie ich damit aufhören kann.

Sie nannten Ähnlichkeit als Voraussetzung von Solidarität. Sie hat also damit zu tun, dass ich mich selbst im anderen erkenne?

Avancierte Formen des Helfens setzen Ähnlichkeit voraus, sonst würde Empathie überhaupt nicht funktionieren. Die Ähnlichkeit muss nicht allumfassend sein. Ich kann auch mit Menschen soli-

Prof. Dr. Bernd Harbeck-Pingel ist Professor für Systematische Theologie an der Evangelischen Hochschule Freiburg und Wissenschaftlicher Direktor des Friedensinstituts Freiburg. Zuvor war er knapp 20 Jahre lang als Lehrer für Evangelische Religion und Deutsch an Gymnasien tätig. In seiner Forschung fokussiert der Theologe auf Grundlagen der Ethik und betreibt unter anderem Studien zu religiösen Bedeutungen.

darisch sein, deren Lebensverhältnisse ich nicht genau kenne, die mir kulturell nicht ähnlich sind oder die zu keiner vergleichbaren sozialen Gruppe gehören. Es reicht aus, gemeinsame Überzeugungen zu teilen – zum Beispiel, dass gegen eine bestimmte Form von Ungleichheit vorgegangen werden muss. In der Arbeiterbewegung war tatsächlich eine große Ähnlichkeit gegeben – nämlich in den Ausbeutungsverhältnissen, wie man damals gesagt hätte. Die hat man dann gemeinsam bekämpft. Aber im Moment wird Solidarität vorrangig als eine Form des Protests in den öffentlichen Diskurs eingebracht.

Haben Sie Beispiele für Solidarität in Aktion, wo Sie sagen: Hier funktioniert sie idealtypisch?

In der Straßenbahn wird eine Person angegangen, weil sie die vermeintlich falsche Hautfarbe hat oder weil sie beispielsweise beim Fahrkartenlösen irgendetwas nicht verstanden hat. Oder jemand wird beschimpft, weil er oder sie öffentlich Crossdressing bevorzugt. Parteinahme in solchen Zusammenhängen verdeutlicht, was ich mit Ähnlichkeit als Basis der Solidarität meine: Ich muss nicht meinen Kleidungsstil ändern oder aufhören, Fahrkarten zu lösen, um zu wissen, dass ich nicht so behandelt werden möchte. Entsprechend zeige

ich dann Zivilcourage, verhalte mich solidarisch.

Und wie sieht Solidarität in größeren Zusammenhängen aus?

Wenn ich an von Gruppen geplante Solidaritätsaktionen denke, fällt mir auf, dass oft Handlungsmuster aus der Vergangenheit kopiert werden. Häufig verwenden diese ein sprachliches Format, damit andere Menschen überhaupt verstehen, dass man jetzt solidarisch ist – und das macht mich skeptisch. In der Straßenbahnsituation müsste ich ja beispielsweise nicht laut sagen „Ich verhalte mich jetzt solidarisch!“, um verstanden zu werden. Noch schwieriger wird es, wenn die Reichweite der solidarischen Aktion interkontinental ist. Insgesamt ist mir sympathisch, wenn Menschen nicht Handlungsmuster wiederholen, sondern neue Praktiken begründen.

Kann man nur mit Menschen solidarisch sein? Oder kann es auch so etwas geben wie eine Solidarität mit dem Leben oder sogar dem ganzen Planeten? Könnte die sogar gefordert sein, angesichts der globalen Erwärmung?

Nein, bloß nicht. Ich warne meine Studierenden immer vor dem Unabsehblichen, beispielsweise DERWeltgesellschaft oder DER Menschheit. Das

sind Größen, die gar nicht adressierbar sind. Allerdings hat es etwas für sich, wie Kant Länder als Quasipersonen behandelt. Beispielsweise kann sich das Land A mit dem Land B solidarisieren. Das geschieht aber mittels politischer Repräsentant*innen und nicht durch die Summe aller Einwohner*innen. Dass sich Institutionen solidarisieren können, kann ich mir auch vorstellen, beispielsweise, dass sich der Deutsche Journalistenverband solidarisiert mit Kolleg*innen, die im Land XY Repressionen ausgesetzt sind.

Funktioniert Solidarität ohne Gegenleistung? Oder spielt Wechselseitigkeit doch eine Rolle?

Sie wird nicht erwartet, aber in stabilen sozialen Beziehungen könnten sich auf praktischer Ebene Wechselverhältnisse einstellen. Im März 2020 waren die Krankenhäuser im Elsass überlastet und das hat dazu geführt, dass französische Patient*innen in deutsche Kliniken verlegt wurden. Das Verhalten von deutscher Seite könnte man als einen Akt der Solidarität verstehen: Diejenigen, die Solidarität geübt haben, ahnten, dass es sie auch selbst hätte treffen können, und haben geholfen. Kann man im Sinne moralischer Benimmregeln nun eine Gegenleistung erwarten? Das sollte man nicht tun. Aber kann man in der Praxis



Hilfe von französischer Seite erwarten, wenn sie benötigt wird? Sofort, gar keine Frage.

Kann sich Solidarität als gesellschaftliche Ressource auch erschöpfen? Fällt das Solidaritätsreservoir irgendwann trocken wie ein Wasserspeicher, den man nicht auffüllt?

Ich würde sagen, jede*r Einzelne hat zu nächst konditionelle Grenzen, das wäre das erste erschöpfbare Reservoir. Das zweite ist ein Aufmerksamkeitsreservoir, denn unsere Fähigkeiten zum Multitasking sind begrenzt: Wenn man sich auf Migration konzentriert, kann man sich nicht gleichzeitig um Gasleitungen und den Klimawandel kümmern. In der Öffentlichkeit hört die Solidarität in dem Maße auf, wie sich die Nachrichtenlage ändert und direkte Begegnungen seltener werden. Außerdem braucht Solidarität Emotionen: Sie ist das feurige, begeisterte, in gewisser Hinsicht auch kritikfreie Engagement für andere. Und drittens kann sich das durch die Erfahrung von Negativität erschöpfen. Nicht alle Erfahrungen, die man beim solidarischen Handeln macht, sind angenehm: Nicht alle Probleme kann man lösen, und Menschen werden einem auch nicht unbedingt sympathischer, nur weil man ihnen hilft. Deswegen wäre es wahrscheinlich nicht schlecht, solidari-

sche Handlungen als Raumzeitgebiete zu verstehen – als Handlungsbündel, die aktiviert werden können und wieder verlöschen. Sie können nicht auf Dauer existieren. Wird solidarisches Handeln verstetigt, dann kommt eine Wohlfahrtsorganisation dabei heraus.

Was halten Sie davon, wenn Solidarität öffentlich eingefordert wird?

Wenn man sie einfordern muss, ist das ein Krisensymptom. Es stellt sich auch die Frage, ob es ein wirkungsvolles politisches Instrument ist, öffentlich mehr Solidarität zu fordern. Zudem gibt es so viele andere schöne Begriffe: „Subsidiarität“ beispielsweise oder „Helfen“ oder „sozialer Zusammenhalt“. Soziale Ziele sollten jedenfalls nicht zu stark betont werden. „Wir treffen uns hier, um sozialen Zusammenhalt zu fördern“: Wenn das eigens gesagt werden muss, fühlt man sich moralisch belehrt oder indoktriniert. Deswegen sollte Solidarität nicht eingefordert werden. Solidarität erklären? Meinetwegen. Und Solidarität ausüben? Das ist vielleicht das Beste.

Interview: Nora Lessing

Junge Zielgruppen erreichen – aber wie?

Titel: Fragen an das Leben und mehr

Projektteam: Prof. Dr. Dirk Oesselmann; Gesa Pult, M. A., Wissenschaftliche Mitarbeiterin; Studierende: Sarah Blechert, Angelika Braun, Franziska Hünemeyer-Weber, Felicitas Leister, Rehema Riess, Lena Steinebrunner, Clara Wirtz

Durchführendes Forschungsinstitut: Zentrum für Kinder- und Jugendforschung (ZfKJ) der EH Freiburg

Auftraggeberin: Landesstelle der Evangelischen Erwachsenen- und Familienbildung Baden (EEB)

Laufzeit:
02/2021 bis 01/2022



Ziel: Durch die Studie soll die junge Zielgruppe besser verstanden werden, damit die Programmplaner*innen geeignete Angebote konzipieren können.

Hintergrund: Die EEB möchte Menschen dazu motivieren, sich in der Gesellschaft einzubringen und soziale Verantwortung zu übernehmen. Während die Bildungsarbeit der Institution bei Älteren relativ bekannt sind, erreicht die EEB die jüngeren Erwachsenen kaum.

Forschungsdesign: partizipativer Ansatz, Studierende der Zielgruppe als Co-Forscher*innen, Mixed-Methods-Design mit Onlinebefragung von über 350 Personen zwischen 18 und 40 Jahren mit vorwiegend offenen Fragen, 14 Leitfadeninterviews mit Expert*innen der Erwachsenen- und Jugendbildung, Onlineworkshop mit der Zielgruppe auf Basis der Ergebnisse.

Erste Ergebnisse: Von den befragten jungen Erwachsenen kannten 90 Prozent die Angebote der EEB nicht. Beinahe 50 Prozent äußerten jedoch Interesse. Vor allem haben sie ihren Wunsch nach gesellschaftlicher Mitgestaltung und verstärkter Einflussnahme deutlich gemacht. Für die EEB-Expert*innen sind die Lebenswelten junger Erwachsener eine große Herausforderung, auch weil sie oft von Veränderungen und Umbrüchen geprägt sind. Die Studie identifiziert vier zentrale Spannungsfelder, die das Leben der Zielgruppe prägen: Ich als Person, Gesellschaft, Nachhaltigkeit/ Umwelt, Sinn/Glaube. Das Projektteam entwickelt Handlungsempfehlungen, wie die EEB diese Themen zukünftig mitdenken kann.

Das Erwachsenwerden ist geprägt von Sinn-
suche und Identitätsfindung. Weiterbildungs-
angebote wie die der Evangelischen Bildungs-
arbeit können Impulse geben. Doch deren
Programm erreicht junge Erwachsene aktuell
kaum. Die Studie „Fragen an das Leben und
mehr“ lässt sie zu Wort kommen.

**Für diese Studie war die Beteiligung
der Studierenden besonders wichtig –
würden Sie das unterschreiben?**

Gesa Pult: Auf jeden Fall! Über das gesamte Jahr hinweg haben sieben Studierende der Master Soziale Arbeit, Religionspädagogik sowie Bildung und Erziehung im Kindesalter die Studie mit erarbeitet. Sie waren an allen Phasen des Forschungsprojekts beteiligt: Wie kommen wir vom Auftrag zum Forschungsdesign? Wie erheben und analysieren wir die Daten? Wie stellen wir die Ergebnisse vor? Das war eine Win-win-Situation: Die Studierenden konnten viel lernen und zugleich den Forschungsprozess unterstützen und mitgestalten. Und sie konnten sich bei Themen einbringen, die sie selbst bewegen.

**„Junge Erwachsene“ ist eine diffuse
Gruppendefinition. Wen genau haben
Sie befragt?**

Regional haben wir uns auf Menschen beschränkt, die in Baden leben. Über die Altersgrenze haben wir viel diskutiert. Das Jugendrecht greift teilweise mit Mitte, Ende 20 noch. Und es ist ja auch eine psychologische Frage: Wie jung oder alt fühle ich mich? Im Anschreiben haben wir uns direkt an die Altersgruppe

20 bis 40 gewendet: Sprachlich haben wir diese Zielgruppe wohl erreichen können, weil die Studierenden so formuliert haben, dass es gezielt die eigene Altersgruppe anspricht. Die meisten Befragten im Sample sind zwischen 18 und 29.

**Ihr Fragebogen startet mit „Wenn
dein Leben ein Buch wäre, welchen
Titel hätte es?“ und lässt die Befrag-
ten später eigene Fragen und State-
ments formulieren. Kommen so
wirklich seriöse Daten zusammen?**

Ich gebe zu, ich hatte am Anfang Bauchschmerzen damit, einige Fragen so offen zu stellen. Denn einerseits ist die Auswertung offener Fragen viel zeitintensiver und eine Struktur zur Kategorisierung der Antworten kann erst durch die Antworten selbst erarbeitet werden. Doch andererseits kann mit geschlossenen Fragen die wenig bekannte Lebenswelt der jungen Erwachsenen nur schwer erfasst werden. Unser Online-Fragebogen und der Mixed-Methods-Ansatz sind eher unkonventionell, doch beides war letztlich die ideale Methode, wie uns die Rückmeldungen gezeigt haben. Die Fragen haben Interesse geweckt und zum Nachdenken angeregt. Lebenswelten können also mit offenen Fragen

beleuchtet werden. Und mit der Fülle an Antworten kann nicht nur der Auftraggeber etwas anfangen, sondern auch die wissenschaftliche Community.

Was haben Sie herausgefunden?

Es wurde deutlich, wie groß das Interesse von jungen Erwachsenen ist, Gesellschaft zu gestalten und die Welt zu verbessern. Sie sind offen dafür, sich mit Expert*innen auszutauschen oder Informationen und Ratschläge zu bekommen, zum Beispiel für das Organisieren von Klima-Demos. Wenn es um Fakten geht, dann scheinen Vorträge, sehr gerne auch in Präsenz, willkommen zu sein. Ganz anders, als die Expert*innen der Erwachsenenbildung das vermutet hätten. Wenn es um privatere Themen geht wie die eigene Lebensplanung, scheinen eher Formate sinnvoll zu sein, in denen sich die jungen Erwachsenen vertrauensvoll austauschen können. „Jahrganggruppen“ wären ein möglicher Ansatz, damit Leute andocken können, die für Studium oder Ausbildung umgezogen sind. Diese Zielgruppe konkret zu adressieren, ist jetzt Aufgabe der EEB. Das Interesse der jungen Erwachsenen ist auf jeden Fall da.
Dirk Nordhoff

Grenzüberschreitung mit System

Titel: Campus européen de l'intervention sociale dans le Rhin supérieur / **Europäischer Campus der Sozialen Arbeit am Oberrhein**

Projektleitung: Sibylle Fischer, **RECOS-Beauftragte der EH Freiburg**

Projekträger: Evangelische Hochschule Freiburg, Katholische Hochschule Freiburg, École Supérieure Européenne de l'Intervention Sociale Strasbourg (ESEIS), EDIAC Strasbourg, École Supérieure de Praxis Sociale Mulhouse (PRAXIS), Fachhochschule Nordwestschweiz Muttenz (FHNW)
Kooperation: Euro-Institut Kehl, Région Grand Est, Communauté Européenne d'Alsace und weitere Landkreise, Kommunen und Träger der Sozialen Arbeit in Deutschland, Frankreich und der Schweiz

Laufzeit: 2023–2027

Drittmittel: Landkreise in Deutschland, Frankreich und der Schweiz; **Europäische territoriale Zusammenarbeit (Interreg) [in Beantragung]**

Ziel: Ab 2023 intensivieren die Kooperationspartner mit dem Projekt CELIS die grenzüberschreitende Kooperation, indem sie den Europäischen Campus für Soziale Arbeit zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz weiter ausbauen. Es geht um mehr Angebote für Studierende, Lehrende und Sozialarbeiter*innen, grenzüberschreitend tätig zu sein – in Lehrformaten, Forschungsprojekten und im Rahmen der praktischen Sozialen Arbeit. Ein zentrales Ziel ist, dass Studierende in mehreren Ländern zugleich den Bachelor Soziale Arbeit erwerben können. Das multinationale Studium soll sie systematisch für die Soziale Arbeit in allen drei Ländern sowie im Grenzgebiet qualifizieren, spätere Beschäftigungsmöglichkeiten vervielfältigen und die Qualität der Begleitung von Adressat*innen verbessern.

Hintergrund: Seit 1992 stärkt der Hochschulpakt RECOS (Regio-Akademie für Soziale Arbeit / Regio-Pole de formation sur le travail social) im Dreiländereck die grenzüberschreitende Soziale Arbeit in Theorie und Praxis. Hervorgegangen sind daraus unter anderem gemeinsame Forschungsprojekte, grenzüberschreitende Weiterbildungsaktivitäten und multinationale Maßnahmen in der Sozialen Arbeit. Dazu gehört das gleichnamige Zusatzlehrprogramm RECOS. Rund 1500 Studierende der beteiligten Hochschulen haben es in den vergangenen Jahren erfolgreich absolviert und sich so mit den besonderen Anforderungen und Logiken Sozialer Arbeit im Grenzgebiet vertraut gemacht. Darüber hinaus erhalten sie die Möglichkeit, sich an grenzüberschreitenden, praktischen Projekten zu beteiligen. CELIS ist ein Teil von RECOS.

Der Euro-Campus RECOS stärkt mit dem neuen Projekt CELIS die Mobilität von Studierenden, Lehrenden und Praktiker*innen im Dreiländereck von Deutschland, Frankreich und der Schweiz. Dabei geht es vor allem darum, die grenzüberschreitende Soziale Arbeit auszubauen.

Frau Fischer, mit der Entwicklung eines Euro-Campus wollen Sie die grenzüberschreitende Soziale Arbeit stärken. Warum ist das wichtig?

Sibylle Fischer: Die Notwendigkeit, grenzüberschreitende Kompetenzen auszubauen und zu verstetigen, ergibt sich aus der Alltagspraxis: Die Gesellschaft ist zunehmend beruflich und privat mobil, damit muss die Soziale Arbeit auch mobiler werden. Allein national ausgerichtete Schutz- und Hilfsmaßnahmen führen zu Brüchen in den Hilfeleistungen. Im Bereich der Sexarbeit etwa, im Bereich der Kriminalität und ganz besonders im Kinderschutz gibt es große Unterstützungsbedarfe, die auch kontinuierlich zunehmen. Forschungsprojekte im Bereich Kinderschutz zeigen: Durch Umzug ins Nachbarland oder den Wechsel der Arbeitsstelle brechen Hilfen oft ab oder werden nicht mehr weitergeführt, weil man die Familien aus dem Blick verliert. Damit geraten Kinder in Gefahr. Dass die grenzüberschreitende Arbeit durch CELIS strukturell so verankert wird, dass ihr Gelingen nicht mehr so stark abhängig ist von Einzelpersonen und deren Engagement, ist ein großer Fortschritt.

Wie werden Angehörige der Hochschulen und Sozialarbeiter*innen in der Region vom Euro-Campus profitieren?

Durch den Euro-Campus entsteht eine noch engmaschigere Verzahnung der Projektpartner*innen, und die Mobilität wird gestärkt. Unter anderem werden Studierende, Lehrende und Praktiker*innen gemeinsam Sprachkurse besuchen. Für die Studierenden wird es eine große Bereicherung sein, Seminare regelmäßig nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Schweiz oder in Frankreich zu belegen und ihren Abschluss in mehreren Ländern zugleich erwerben zu können. Durch das grenzüberschreitende Studium erlangen sie wichtige Kenntnisse auf rechtlicher und theoriebildender Ebene. Auch das Erleben von Vielfalt und Verschiedenheit und die Auseinandersetzung mit der Sprache der Nachbarländer spielen eine wichtige Rolle beim Aufbau von Kompetenzen.

Womit legen Sie los? Und was wäre am Ende das optimale Ergebnis?

Wir steigen mit drei Forschungsprojekten ein: zu nachhaltiger Entwicklung im Gemeinwesen unter ökologischer, ökonomischer und sozialer Perspektive,

zu Inklusion und zum Kinderschutz. Hier werden wir Studierende von Anfang an einbinden, sie mit Lehrenden und Fachkräften in der Praxis zusammenbringen. Auf lange Sicht träume ich davon, dass die Studierenden gemeinsame Bibliothekszugänge und Onlinetools nutzen, sich nicht nur in, sondern auch außerhalb von Seminaren treffen und später miteinander vernetzt arbeiten. Im Idealfall werden Lehrende, Studierende und auch die Verwaltungsfachkräfte mobiler, schauen sich an, wie in den anderen Ländern gearbeitet wird, sodass wir am Ende alle voneinander lernen.

Nora Lessing

(UN-)MÖGLICHE DISKURS- RÄUME

Prof.in Dr.in Isabelle Ihring und
Prof. Dr. habil. Björn Kraus im Diskurs

Kontroverse Debatten zu führen ist eine
Stärke der Hochschule:

Dabei geht es etwa um Diskurse zu Extre-
mismus, Gewalt, Macht und Herrschaft.
Kategorien wie etwa „Klasse“ und „Race“
sorgen für soziale Ungleichheit und Diskrimi-
nierung. Diskurse um gesellschaftliche
In- und Exklusionsprozesse werden häufig
sehr polarisierend und emotional aufgeladen
geführt: Das verhindert einen respektvollen
und lösungsorientierten Austausch.

Isabelle Ihring und Björn Kraus zeigen hier
exemplarisch Bedingungen auf, die es
braucht, damit ein Diskurs gelingen kann.
Deutlich wird ihr gemeinsames Interesse
daran – gerade auch in Auseinandersetzung
um kontroverse Standpunkte.

„Hochschulen sind Orte der gesellschaftlichen Debatten und vor allem des Voneinanderlernens. Dazu gehört: Widersprüche und Dissonanzen aushalten, Räume für differenzierte Aussagen schaffen – darin liegt die Qualität einer demokratischen Diskussionskultur. Hochschulen sind auch ein hervorragender Ort, um Standpunkte auszutauschen – auch jenseits von Fachdebatten. Eine Demokratie funktioniert nicht ohne fundierte Meinungen. Und dafür braucht sie den Beitrag der Wissenschaft. Debatten engagiert und kontrovers führen, diskursiv Themen behandeln: Das ist ein Markenzeichen von uns, das ist typisch Evangelische Hochschule. Aber das macht grundsätzlich auch eine Hochschule aus und muss möglich sein. Solange wir zu Themen arbeiten, die einen Bezug haben zu Rassismus, Kolonialismus und Klassismus in Geschichte und Gegenwart, ist das riskant. Wir können das Risiko einer solchen Eskalation aus Ressourcen Gründen allenfalls dosieren, nicht aber vermeiden. Wir verstehen uns als Hochschule, die einen Beitrag zur Demokratiefähigkeit der Gesellschaft leistet.“

Renate Kirchhoff zur Eröffnung des Akademischen Jahres 2022/23

Überall Empörung – reine Rhetorik?

Isabelle Ihring

Ich erlebe Empörung bei bestimmten Themen, die schnell im Entweder-oder verhandelt werden – gut zu beobachten in „sozialen“ Medien. Binnen weniger Stunden schaukelt sie sich auf zu einem verbalen Krieg. Komplexe Themen werden so stark vereinfacht, dass ihr Gehalt verfälscht wird, unerwünschte Perspektiven gecancelt, Menschen abgewertet, um ihre Positionen und gerne auch sie als Person zu diskreditieren. Das führt, so meine Wahrnehmung, zu immer engeren Diskursräumen, in denen sich Menschen nicht mehr trauen, etwas zu sagen – aus Angst vor einem Shitstorm von Anklagen und Moralisierung.

Besonders laut ist die Empörung, wenn der hegemoniale Diskurs infrage gestellt wird: zum Beispiel durch das Thematisieren von Weißsein und der damit verbundenen „Überlegenheit“. Das jahrhundertalte Narrativ des weißen „Wissenden“ hat sich in gesellschaftliche Strukturen eingebrannt. Lange wurde durch eine weiße, vermeintlich „objektive“ Brille erklärt, was Rassismus ist, nicht-weiße Menschen wurden minderwertiger konstruiert. Diese Überlegenheitskonstruktionen müssen thematisiert und selbstkritisch reflektiert werden. Ein Prozess, der für mich mit der Anerkennung von Schuld und der Übernahme von Verantwortung durch gesellschaftliche und politische Akteur*innen heute zu tun hat. Ohne das Wahrnehmen, Aushalten und Respektieren von Positionen, die von der eigenen abweichen, können Machtasymmetrien nur schwer überwunden und Gleichheit hergestellt werden.

Björn Kraus

Öffentliche Debatten scheinen zunehmend weder zum Austausch zwischen den Diskutierenden noch zur Weiterentwicklung der eigenen Positionen beizutragen. Stattdessen werden wechselseitig Monologe gehalten und auf die Gegenüber wird – sofern überhaupt – lediglich als zu diskreditierende Personen eingegangen. Soziale Medien ermöglichen dabei sowohl die schnelle und niederschwellige Beteiligung als auch das Aufschaukeln und Verhärten scheinbar unversöhnlich gegenüberstehender Positionen.

Deutlich wird hier ein Mangel an Streitkultur, der den Zusammenhalt und auch die Entwicklung von Gesellschaften gefährdet.

Zusammenhalt erfordert, dass unterschiedlichen Positionen gehört und ernst genommen werden: ohne dass deswegen jede Position umgesetzt werden kann oder akzeptiert werden muss. Allerdings erfordert das gesellschaftliche Miteinander Solidarität auch über die Gruppe der (vermeintlich) Gleichdenkenden hinaus. Die Wahrscheinlichkeit hierfür steigt, wenn die jeweils Überstimmten sicher sein können, dass ihre Anliegen als relevant wahrgenommen werden. Das erfordert auch, dass die Positionen der jeweils Andersdenkenden nicht schon im Vorfeld abgewertet werden – auch nicht durch Spekulationen über deren vermeintlich innerpsychisches Erleben.

Die Auseinandersetzung mit anderen Positionen erhöht zudem die Chance, eigene blinde Flecken zu entdecken und den Horizont zu erweitern. Auch deswegen hat ein ernst gemeinter Diskurs eine wichtige Funktion bei der Weiterentwicklung von Perspektiven und Ideen.

Wissenschaft im (vor-)politischen Raum?

Isabelle Ihring

Die Frage, wer zu welchem Thema sprechen darf, stellt sich für mich im Kontext von Hochschule nicht: Denn Lehrende sind berechtigt, auch dann Positionen einzubringen, wenn sie nicht betroffen sind. Dennoch finde ich in diesem Kontext den Hinweis auf wenig Diversität innerhalb der Lehrenden wichtig und sehe als dringend geboten, weiter daran zu arbeiten und das zu verändern. Aus meiner Sicht dürfen jedoch marginalisierte Perspektiven nicht außen vor bleiben, damit es nicht ein Sprechen „über“ statt „mit“ gibt. Das war auch der Anstoß für mich, im Zuge meiner Dissertation mit Menschen aus Somalia zu weiblicher Beschneidung zu sprechen, ihnen eine Stimme zu geben, um den weiß dominierten Diskurs zu erweitern. Als Wissenschaftlerin habe ich die Methoden, um Lebenswelten differenzierter analysieren und verstehen zu können. Gesellschaftliche Strukturen und (globale) Verhältnisse kritisch zu betrachten, gehört dazu, sowie meine Involviertheit in diese Verhältnisse zu erkennen. Ich sehe mich daher als Lernende und Lehrende in komplexen und widersprüchlichen Wirklichkeiten.

Mich bewegen wissenschaftliche Analysen zu (globaler) Ungleichheit, auch jene aus Teilen der Welt, die hier nur wenig Gehör finden. Sie treiben mich an, mich für mehr globale Gerechtigkeit einzusetzen, weshalb ich mich auch als Aktivistin verstehe. Zumal Soziale Arbeit auch ein politisches Mandat hat, was für mich den Einsatz für marginalisierte Menschen(-gruppen) zwingend mit sich bringt. Den Vorwurf, emotionale Involviertheit und Aktivismus wären einer guten Wissenschaftlerin abträglich, teile ich nicht. Hätten Wissenschaftler*innen sich nicht auch von ihren Emotionen antreiben lassen, gegen Ungerechtigkeiten aufzustehen, gäbe es heute keine Gender Studies, keine Critical Race Theory und Ähnliches.

Ich kenne auch den Vorwurf, ich sei als schwarze Person im Forschungskontext nicht „objektiv“ genug, wenn es um Themen wie Rassismus und der damit verbundenen weißen Überlegenheit geht. Ich verstehe ihn als Versuch der Verunsicherung und Diskreditierung einer schwarzen Stimme. Niemand ist „objektiv“, und ich bin es auch nicht. Angesichts der Beteiligung von Wissenschaft an der Herstellung und Festigung sozialer Ungleichheiten halte ich auch die „Wissenschaft“ nicht per se für „objektiv“. Auch sie ist nicht frei von Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Ich möchte das am

Beispiel von Weißsein verdeutlichen: Es gibt keine menschlichen „Rassen“, dennoch lebt diese Idee weiter, auch wenn heute andere Begriffe benutzt werden. Menschen anhand von Nuancen ihrer Hautfarben eindeutig voneinander abzugrenzen, funktioniert nicht, trotzdem hat sich die Praxis durchgesetzt. Im Zuge der Verwissenschaftlichung von „Wissen“ wurde die Idee durch Disziplinen wie der Philosophie, Medizin, Biologie auf eine vermeintlich „objektive“ Basis gestellt und in Form von Rassentheorien verbreitet. Weißsein wurde in diesem Prozess zur Norm und in der Hierarchisierung von Hautfarben als allen nicht-weißen Menschen „überlegen“ präsentiert. Wissenschaft wurde genutzt, um zu „beweisen“, dass nicht-weiße Menschen „weniger menschlich“ sind, womit die Unterdrückung und Versklavung von kolonisierten Menschen begründet wurde. Weißsein, damit verbundene „Überlegenheit“ und „Objektivität“ blieben lange Zeit dethematisiert. Die über die letzten Jahrhunderte gewonnenen „Erkenntnisse“ überdauern bis heute. Sie zeigen sich in struktureller Entmenschlichung nicht-weißer Menschen, wie etwa in menschenverachtenden Grenzregimen oder globaler Impf-Ungerechtigkeit. Die anhaltende Hierarchisierung von Menschlichkeit sorgt dafür, dass Rassismus – verstanden als koloniale Kontinuität – weiße Menschen privilegiert. Deren Perspektive auf „die Anderen“ läuft Gefahr, – auch unbewusst – reproduziert zu werden. Zentral ist daher, die eigene Position zu reflektieren. Die voranschreitende Pluralisierung der deutschen Gesellschaft erfordert ein Aushalten und Auseinandersetzen mit unterschiedlichen Perspektiven. Zuhören und sich mit Gehörtem auseinanderzusetzen, versuche ich unseren Studierenden zu vermitteln und gemeinsam einzuüben. Hier gehört außerdem die gleichberechtigte Anerkennung von Diskriminierungserfahrungen dazu, ohne das je Spezifische der Erfahrungen zu negieren. So kann mehr Verbundenheit und Solidarität entstehen, statt Spaltung. Gemeinsam Wege aus diskriminierenden Verhältnissen suchen, die keiner Richtig-oder-falsch-Logik folgen, öffnet so viele Räume.

Björn Kraus

Wenn ich Redeverbote thematisiere, mit denen meine Kollegin und ich aufgrund unserer Hautfarbe konfrontiert sind, könnte dies so verstanden werden, als würde ich die Gleichheit gesellschaftlicher Bedingungen für Menschen unterschiedlicher Hautfarbe behaupten. Das entspricht allerdings nicht den gesellschaftlichen Verhältnissen. Mein Fokus liegt hier ausschließlich auf Formen der „Cancel Culture“, die uns als Professor*innen begegnen. Urteile darüber, wer wozu sprechen darf – und vor allem, wer nicht, folgen in den unterschiedlichen Lagern meist vergleichbaren Mustern: Sowohl meine Kollegin als auch ich sind damit konfrontiert, dass mit Blick auf zugeschriebene äußerliche Kriterien Redeverbote erteilt werden. Sie solle oder könne sich als schwarze Frau nicht äußern und ich nicht als weißer Mann. In beiden Fällen gibt es sowohl bei Begründungen als auch bei den Konsequenzen Gemeinsamkeiten: Als Grundlage solcher Einschränkungsversuche wird nicht die Qualität unserer wissenschaftlichen Arbeit angeführt, sondern einzelne Aspekte, die unserer Person zugeschrieben werden (Argumentum ad hominem)¹⁾. Die Folge ist die Unterdrückung unserer Forschungsergebnisse, Positionen und Argumente.

Nun ist es in gesellschaftlichen Diskursen relevant, a) wer etwas sagt und b) wem zugehört wird. Gerade Betroffene, also Expertinnen und Experten aus Erfahrung, sollten die Chance zur Beteiligung haben. Doch was macht Betroffenheit aus? Auch sie unterliegt oft Zuschreibungen, die an einzelne Merkmale einer Person geknüpft werden. Die Reduktion auf Hautfarbe und Geschlecht droht zu ignorieren, dass sowohl weiße (bi- oder transsexuelle, der Unterschicht angehörende, verheiratete etc.) Männer als auch schwarze (alleinerziehende, im ländlichen Raum lebende, vermögende etc.) Frauen etwa (nicht) von Armut, Behinderung, Gewalt, Missbrauch und/oder Ausbeutung betroffen sein können.

Im wissenschaftlichen Diskurs ist allerdings nicht die Person der Forschenden und deren etwaige Betroffenheit entscheidend. Das System der Wissenschaft zielt gerade darauf, systematisch zu Ergebnissen zu kommen, die nicht nur auf den eigenen biografischen Erfahrungen beruhen. Dabei können auch Wissenschaftler*innen nicht absolut objektiv oder gar fehlerfrei sein – aber zumindest gelten für wissenschaftliche Arbeiten Minimalanforderungen: Wissenschaftliche Ergeb-

nisse sollen grundsätzlich entweder belegt (Evidenz) oder begründet (Plausibilität) werden, die Wege der Erkenntnisgewinnung sollen systematisch, nachvollziehbar und kritisierbar sein, Prozesse der theoretischen und empirischen Erkenntnisgenerierung sollen ergebnisoffen vollzogen werden und deren Ergebnisse prinzipiell widerlegbar (falsifizierbar) sein. Damit qualifiziert oder disqualifiziert die eigene Betroffenheit und etwa das Erfüllen einer oder mehrerer Diversitätskriterien nicht per se zur wissenschaftlichen Befassung mit einem Thema. Ebenso wenig kann aus der jeweiligen Nicht-Betroffenheit pauschal abgeleitet werden, ob jemand begründete Aussagen zu einem bestimmten Thema machen kann.

Hochschulen sind wichtige Orte, an denen Diskurse nicht nur geführt werden, sondern an denen zum Führen solcher Diskurse qualifiziert wird. Dazu gehört auch, dass Professor*innen die Studierenden dazu befähigen, begründet eigene Urteile zu treffen. Es geht nicht darum, den Studierenden die vermeintlich richtigen Urteile beizubringen. Ausgehend von dem Werturteilsstreit der 1900er-Jahre halte ich zwei Punkte für wesentlich:

1. Wissenschaft kann zwar normative Ansprüche in ihren Voraussetzungen und Konsequenzen untersuchen, aber die dabei und bei ihren eigenen Urteilen zugrunde gelegten Werte können nicht mit den Mitteln der Wissenschaft bewiesen werden.
2. Professor*innen sollten sowohl zur Entwicklung der Kompetenzen des Denkens und Urteilens von Studierenden beitragen (nicht zuletzt auch durch Aufspüren, Zuhören und damit Ermächtigung marginalisierter Stimmen) als auch zur Generierung von Wissensbeständen über gesellschaftliche Verhältnisse und den verschiedenen in einer Gesellschaft diskutierten normativen Positionen. Eine einseitige Vermittlung der jeweils eigenen normativen Vorstellungen würde ich allerdings für so unwissenschaftlich wie gefährlich halten.²⁾ Hochschulen sind und können strukturell keine hierarchie-freien Räume sein. Schon allein aus der ungleichen Verteilung des sozialen, kulturellen und symbolischen Kapitals zwischen Lehrenden und Lernenden resultiert ein Machtüberhang, der nicht dazu genutzt werden darf, die individuellen und/oder (vermeintlich) disziplinären normativen Vorstellungen der Lehrenden gegenüber den Lernenden durchzusetzen.

Eine gemeinsame Bemerkung von Isabelle Ihring und Björn Kraus

Wir wollen mit den hier angerissenen „Blitzlichtern“ eine Ahnung davon vermitteln, wie weit Diskursräume sein können und müssen. Gleichwohl ist uns klar, dass im Rahmen des durch das Magazin vorgegebenen Formates keine differenzierte Darstellung unserer Positionen oder der Diskurse, an denen wir uns beteiligen und die wir miteinander führen, möglich ist. Wir haben lange gemeinsam überlegt, ob wir das machen sollen. Denn wir sehen die Gefahr, dass alles, was wir sagen, als Gegenposition gelesen werden kann: auch deshalb, weil wir als Gegensätze wahrgenommen werden (Mann/Frau, schwarz/weiß). Wir sind besorgt darüber, wie eng die Diskursräume mittlerweile sind. Unsere Positionen

haben Schnittmengen, ergänzen oder unterscheiden sich eben auch. An welchen Stellen und inwieweit sie das tun, wird im Rahmen dieses kurzen Textes nicht deutlich – ebenso wenig, an welchen Stellen die Unterschiede gar nicht im Widerspruch stehen, sondern sich vielmehr ergänzen.

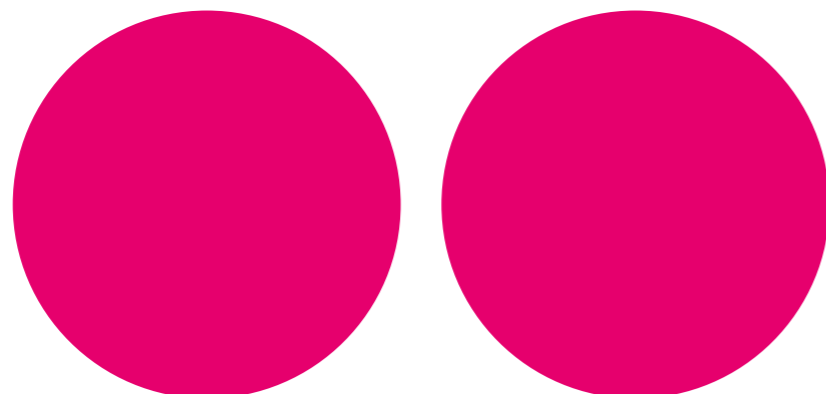
Betonen möchten wir, dass wir fachlich und persönlich froh über die Gelegenheiten sind, solche Diskurse zu führen. Sie sind für uns gerade deswegen bereichernd, weil wir unterschiedliche Themen bearbeiten und dabei nicht nur gemeinsame, sondern auch unterschiedliche Perspektiven einnehmen. Dabei sind wir uns des gegenseitigen Respektes auch dann sicher, wenn wir widersprechende Positionen vertreten.



Isabelle Ihring lehrt als Professorin für Jugend und Soziale Arbeit. Schwerpunktmäßig arbeitet sie zum Bereich der Hilfen zur Erziehung mit besonderem Blick auf Kinderschutz und zur Analyse globaler Ungleichheitsverhältnisse mit besonderem Fokus auf Rassismus aus postkolonialer und intersektionaler Perspektive. Hinzu kommt die Auseinandersetzung mit dekolonialen Praktiken und deren Relevanz für die Soziale Arbeit.



Björn Kraus ist Professor für Wissenschaft Soziale Arbeit. Er leitet den Master-Studiengang Supervision und Coaching. Seit Ende der 1990er-Jahre zählt er zu den Protagonisten konstruktivistischer Theorieentwicklung in der Sozialen Arbeit. Neben wissenschaftstheoretischen Grundlagenarbeiten zählen zu seinen Arbeitsschwerpunkten etwa Fragen der Macht, der Lebenswelten und Lebenslagen und des professionellen Handelns.



Fußnoten

- ¹⁾ Argumentum ad hominem: Darunter werden Scheinargumente verstanden, die sich gegen Personen richten und sich nur vermeintlich auf Positionen und Argumente beziehen.
- ²⁾ Siehe hierzu etwa den Beutelsbacher Konsens des Indoktrinationsverbots in der politischen Bildung.

ALLEIN AUF WEITER FLUR WEITER FLUR PROFESSUR?



Die neue Winterschool soll Postdocs den Weg zur HAW-Professur ebnen. 2022 gestartet, läuft das vom Bundesforschungsministerium geförderte Format bis 2027. Ein guter Anlass, um nachzufragen: Wie viel Konkurrenzdenken gehört für Nachwuchswissenschaftler*innen zur Karriereplanung? Und wie wichtig sind Netzwerke und gegenseitige Unterstützung?

Konkurrenz belebt das Geschäft, heißt es. Dazu ließen sich auch für die Welt der Wissenschaft einige Punkte anführen: Auf der Makro-Ebene stehen den Hochschulverbänden, Allianzen und Netzwerken auch 2023 wieder Hochschul-Rankings und Exzellenz-Labels gegenüber. Und auch auf der individuellen Ebene besteht der Weg zur Professur nicht 24/7 aus Kooperation, Teamwork und Community-Denken. Die Erziehungswissenschaftlerin Isabel Dean drückt es so aus: „Wenn ich an begrenzte Ressourcen wie Fördermittel, unbefristete Stellen oder an Bewerbungen für die Teilnahme an Konferenzen denke, wird es in der Wissenschaft wohl kaum möglich sein, ganz auf Konkurrenzverhältnisse zu verzichten.“ Andererseits ist Wissenschaft ohne kollegiale Zusammenarbeit undenkbar: Erkenntnisse und Wissen lassen sich leichter gewinnen, wenn es Kooperationsbeziehungen zwischen Forschenden und multiperspektivische Zugänge gibt. „Warum sollte dies bei der Suche nach langfristigen Perspektiven in der Wissenschaft anders sein?“, fragt Dean. „Auch hier spielen Netzwerke und Kooperationen eine wichtige Rolle.“

Großes Bedürfnis nach kollegialer Unterstützung

Welche Möglichkeiten eröffnen sich also, wenn man sich mit der vermeintlichen Konkurrenz an einen Tisch setzt? Ein gelungenes Beispiel für mehr Mit- statt Gegeneinander ist für Isabel Dean die neue Winterschool der EH Freiburg, an der sie von Oktober 2022 bis Januar 2023 zusammen mit zehn anderen Postdocs aus den Sozial- und Geisteswissenschaften teilgenommen hat. Mehrere Workshops gehörten dazu, beispielsweise zu den Voraussetzungen für die Professur an einer Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) und zu Skills, mit denen man sich im Berufungsverfahren bestmöglich präsentiert. Auch Coachings zur Profilbildung und zum Aufbau von Netzwerken waren integriert. Begleitet von exter-

„Wir wollen Lust machen auf eine Professur an den HAW.“

nen Referent*innen und Freiburger Professor*innen setzten sich die Teilnehmenden mit potenziellen Karrierewegen nach der Promotion auseinander.

Stefanie Pietsch ist Forschungsreferentin an der EH Freiburg und organisiert die Workshops. Sie erzählt, dass sich im Prozess der Winterschool auch durchaus herausstellen darf, dass eine Professur gar nicht das passende Karriereziel ist. „Dann werden im Rahmen der Workshops und individuellen Coachings berufliche Alternativen und konkrete Etappenziele ausgelotet.“ Die Workshops helfen zudem dabei, Besonderheiten der Professuren an HAW zu klären – sei es im Vorfeld, sei es im Verlauf. Beispiel eins: Kurz vor Beginn der ersten Winterschool haben die baden-württembergischen HAW über einen neuen Verband im Herbst 2022 das Promotionsrecht erhalten. Beispiel zwei: Die Winterschool der EH Freiburg konzentriert sich auf Professuren an HAW mit SAGE-Profil, also auf Arbeitsmöglichkeiten in den Feldern Soziale Arbeit, Gesundheit, Erziehung und Bildung. Stefanie Pietsch fasst es so zusammen: „Wir wollen Lust machen auf eine Professur an den HAW – und insbesondere auf die Arbeit an der EH Freiburg.“

Nachwuchswissenschaftlerin Isabel Dean sieht schon jetzt, welche langfristigen Vorteile ihr die Winterschool gebracht hat: „Der kollegiale Umgang hat dazu beigetragen, dass ich mein Netzwerk erweitern konnte und alte Kontakte erneuert habe.“ Gemeinsam mit einer anderen Teilnehmerin hat sie sich vorgenommen, in Zukunft bei Stellenausschreibungen für HAW-Professuren aufeinander zu verweisen und deutlich zu machen, dass sie sich auch die Teilung der Professur vorstellen können. Sozialwissenschaftlerin Sylvia Nienhaus bewertet die Winterschool ähnlich positiv: „Mir hilft der Austausch auf mehreren Ebenen. Ich bekomme neue Impulse und lerne andere Sicht-

weisen kennen. Und ich kann meine Erfahrungen weitergeben.“ Sie findet es wichtig, aus der Einzelkämpfer*innen-Rolle herauszutreten, Unterstützung anzubieten und anzunehmen. Allzu oft sei der akademische Werdegang ein Alleingang.

In Austausch kommen

Auch beim Forschen wünscht sich Sylvia Nienhaus mehr Kooperation. Vor allem das interdisziplinäre Zusammenarbeiten scheitert jedoch oft am Zeitmangel im Berufsalltag. Oder an der Prioritätensetzung. Winterschool-Teilnehmerin Juliane Wahren meint: „Kooperation würde das Geschäft sicher noch mehr beleben.“ Die offene Atmosphäre während der Workshops habe ihr geholfen, neue Kontakte zu knüpfen und Wissenslücken zu schließen. Wahren findet es wichtig, ein Netzwerk zu haben, an das sie sich bei Bedarf wenden kann. Für die EH Freiburg wiederum ist das neue Format eine gute Möglichkeit, Postdocs den Hochschultyp HAW näherzubringen. Denn viele Nachwuchswissenschaftler*innen orientieren sich immer noch an Universitätskarrieren, zu denen eine Habilitation gehört und bei denen der Weg relativ klar vorgezeichnet ist. Die Wege an eine HAW haben zwar üblicherweise mehr Kreuzungen und Abzweigungen, aber dadurch können sie auch vielfältiger sein oder sogar kürzer. Für eine HAW-Professur muss man nicht habilitieren, sie setzt allerdings fünf Jahre Berufspraxis, davon drei Jahre außerhalb der Hochschulwelt, voraus. Für Akademiker*innen, denen diese Praxis fehlt, hat die EH Freiburg eine Lösung: Die sogenannte Tandemprofessur verbindet den Einstieg in die Professur mit einer beruflichen Tätigkeit (siehe QR-Code für weitere Infos).

Bei der Zielgruppe hat die Winterschool auf jeden Fall einen Nerv getroffen, zumal sie als Safe Space konzipiert war und Raum ließ zum Nach- und Hinterfragen. Koordinatorin Stefanie

„Mir hilft der Austausch auf mehreren Ebenen. Ich bekomme neue Impulse und lerne andere Sichtweisen kennen. Und ich kann meine Erfahrungen weitergeben.“

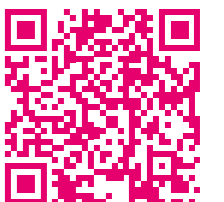
Pietsch sagt: „Für junge Wissenschaftler*innen in der Postdoc-Phase existieren bislang kaum Foren, in denen Karrierefragen offen besprochen werden und die Teilnehmer*innen konstruktives Feedback zu ihrem Lebenslauf und ihren Skills bekommen.“ Mit der Resonanz auf die erste Winterschool ist sie sehr zufrieden: „Wir hatten viel mehr Bewerber*innen als Plätze. Es gab ein großes, überregionales Interesse, mit über-raschend vielen Kandidat*innen, die nicht an HAW, sondern an Universitäten studiert hatten.“ Auf die erste Runde folgen zwei weitere Workshop-Reihen: 2024 und 2026. Wer zum SAGE-Profil passt, seine Promotion demnächst abschließt beziehungsweise Postdoc ist und mitmachen will, kann sich jetzt schon an Stefanie Pietsch wenden.

Dirk Nordhoff

Mehr Infos und Kontakte
zur Winterschool



Beispiel für eine Tandemprofessur:
Tobias Hauck ist zu 50 Prozent als
Hochschulprofessor tätig und zu
50 Prozent beim Sozialwissenschaftlichen
Institut der Evangelischen
Kirche in Deutschland (SI EKD).



Ein Gespräch mit
Prof.in Dr.in Nina Wehner

„Unsere Forschung macht Ungleichheiten sichtbar“



Nina Wehner (rechts) im Gespräch mit Katrin Toens

Frau Wehner, wie können Wissenschaftler*innen zu einer solidarischen Gesellschaft beitragen?

Zunächst einmal wehre ich mich gegen eine Romantisierung von Solidarität. Wir können Ungleichheit mit Solidarität allein nicht überwinden. Das liegt auch daran, dass man sich eher mit Menschen der eigenen Gruppe solidarisiert. Aber indem wir solidarisch reagieren, können

wir ungleiche Gesellschaftsverhältnisse abfedern. Es ist ein Anliegen der Soziologie, Ungleichheiten zwischen Personen und zwischen Gruppen sichtbar zu machen. Zumindest ist es mein Anliegen. Wir haben gegenüber der Gesellschaft einen Bildungsauftrag.

Es gibt immer noch Menschen, die am Sinn von Genderforschung zweifeln. Warum ist Ihre Arbeit notwendig?

Wenn wir Ungleichheit betrachten, spielen dabei das biologische und das soziale Geschlecht eine große Rolle. Die Wut, die uns Forschenden zum Beispiel in den sozialen Medien entgegenschlägt, hat damit zu tun, dass wir uns auch mit sexuellen Identitäten beschäftigen, mit Begehren. Diese Themen sind eng mit Identität verbunden. Wenn Menschen Sorge haben, dass ihre eigene Identitätsform – die immer klar, „normal“,

Prof.in Dr.in Nina Wehner beschäftigt sich viel mit Ungleichheit, insbesondere zwischen den Geschlechtern. Im Interview erzählt die Professorin für Soziologie, welchen gesellschaftlichen Auftrag Wissenschaft hier hat.

unhinterfragt war – plötzlich nur noch eine von mehreren ist, dann kann das Verunsicherung auslösen.

Es gab immer schon Inter- und Transpersonen. Und sexuelles Begehren hatte schon immer viele Facetten. Was hat sich aus soziologischer Sicht verändert?

Noch vor wenigen Jahrzehnten waren Menschen, die nicht nach der Norm lebten, weniger sichtbar und weniger laut. Auch dank des Internets können sie sich heute informieren, vernetzen und verbünden. Das ist nicht nur für die Forschung ein Thema. Auch in der Praxis spielt das eine große Rolle. Unsere Studierenden der Sozialen Arbeit arbeiten während ihres Praxissemesters beispielsweise in der Mädchen- oder Jungenarbeit, in Jugendberatungsstellen, im Frauenhaus oder in der Schwangerschaftskonfliktberatung. Und auch dort kommt an, dass sich junge Menschen heute in einer früheren Lebensphase fragen: Könnte es sein, dass ich trans bin? Könnte es sein, dass ich gar nicht heterosexuell begehre? Ich sehe das als emanzipatorischen Fortschritt und als Gewinn für unsere Gesellschaft: Heute können junge Leute relativ befreit von Tabus und Stigmatisierung diese Fragen stellen.

Häufig wird ja eine ganz konkrete Maßnahme kritisiert, mit der Hochschulen versuchen, mehr Sichtbarkeit zu schaffen: die gendersensible Sprache. In welchem Verhältnis stehen Aufwand und Wirkung?

Der Effekt gendersensibler Sprache ist groß. Empirische Studien zeigen, dass schon das Hinzufügen der weiblichen Bezeichnung von Berufen dazu führt, dass Mädchen diese Berufe überhaupt für sich in Betracht ziehen und dass Frauen sich häufiger auf ent-

sprechende Stellenausschreibungen bewerben. Einfach, weil sie sehen und hören: Es gibt auch Bäckerinnen und Raumfahrerinnen, Professorinnen und Forscherinnen. Gendersensible Sprache ist eine Möglichkeit, Menschen ein- und nicht auszuschließen. Am Ende ist es auch eine Gewohnheit – ich möchte keine Bachelorarbeit mehr lesen, in der die Autorin schreibt: „Ich als künftiger Sozialarbeiter ...“

Ist es für Sie ein Widerspruch, an einer Hochschule in kirchlicher Trägerschaft zu arbeiten und nicht-binäre Genderkonzepte zu vermitteln?

Nein. An der EH Freiburg gilt wie an staatlichen Hochschulen die Freiheit von Forschung und Lehre. Ausschlaggebend ist vielmehr, dass meine Forschungsthemen für die Praxis relevant sein sollen. Und da ist Geschlechterforschung Fluch und Segen zugleich, denn sie ist immer und überall relevant. Was ich als positiv für meine Arbeit empfinde, sind die Werte, auf die wir uns als Hochschule verständigt haben. Wir versuchen, die gesellschaftliche Diskussion über soziale Ungleichheit und Gerechtigkeit zu gestalten.

In welche Richtung wird sich die Geschlechterforschung an der EH Freiburg in den kommenden Jahren entwickeln? Welche Themen möchten Sie voranbringen?

Ich würde gerne weiter zum Thema Elternschaft forschen, zu Normen und Anforderungen, mit denen sich Mütter und Väter, aber auch kinderlose Menschen auseinandersetzen müssen. Ein weiteres, sehr relevantes Thema ist häusliche Gewalt. Dazu hat meine Vorgängerin, Prof.in. Dr.in Cornelia Helfferich, lange geforscht. Wir können also auf gute Forschungsdaten zurückgreifen. Das Thema ist auch ein Beispiel dafür, wie Forschung ein Problem in die Öff-

fentlichkeit bringen kann. Vor 30 Jahren gab es noch große Tabus, heute lernen Kinder schon in den Grundschulen, dass es häusliche Gewalt gibt. Die Medien berichten täglich darüber. Die Zahlen sinken leider nicht, aber das Bewusstsein wächst, dass es häusliche Gewalt gibt und zwar in Haushalten aller Schichten. Heute kann man darüber sprechen – und dann auch helfen. Übrigens auch Männern, die von häuslicher Gewalt betroffen sind und die noch einmal ganz andere Schwierigkeiten haben, sich Hilfe zu holen.

Wie fließt diese Forschung in die Lehre ein?

Wir nutzen beispielsweise die Interviews, die Cornelia Helfferich mit Frauen geführt hat, die in Gewaltbeziehungen gelebt haben. Die Studierenden können sich dadurch einen Perspektivwechsel erarbeiten, denn anfangs fragen sie sich natürlich, warum jemand freiwillig bei einem gewalttätigen Menschen bleibt. Wir nutzen unser großes Netzwerk und laden regelmäßig Praktiker*innen in unsere Seminare ein: Mitarbeiter*innen des Frauenhauses, eine Familienanwältin oder eine Polizei-Oberkommissarin, die Fälle von häuslicher Gewalt bearbeitet. Solche Begegnungen sind für die Studierenden prägende Aha-Erlebnisse. Diese Mischung ist wichtig, damit sie verstehen, wie viel Ausdauer sie bei der Unterstützung von Opfern häuslicher Gewalt brauchen werden. Als Soziologin motiviert es mich, dass ich an der EH Freiburg Wissen und Methoden vermitteln kann, die meine Studierenden tatsächlich in ihrem Beruf benötigen werden.

Interview: Stefanie Hardick

DIE GROSSE FRAGE



WAS IST EIN GUTER GANZTAG IN DER GRUNDSCHULE?

Antwort von Prof.in Dr.in Silke Kaiser,
Kindheitspädagogik

Wann ein Ganzttag gut ist, lässt sich klar sagen. Anspruch und Wirklichkeit klaffen jedoch auseinander. Die Politik, konkret die Kultusministerkonferenz, hat eine lange Liste von Leistungen erstellt, die der Ganzttag erbringen soll: Er soll der Heterogenität der Schüler*innen Rechnung tragen, er soll integrativ, inklusiv und ganzheitlich bilden, er soll die Persönlichkeitsentwicklung fördern und noch einiges mehr. Ganz zentral ist die Erwartung, dass der Ganzttag dabei helfen soll, Herkunft und Bildungserfolg zu entkoppeln. Das ist in Deutschland ein massives Problem: Kinder aus sozial benachteiligten Familien werden seltener für das Gymnasium empfohlen – bei gleicher Leistung. Hinter der Hoffnung, dass der Ganzttag das stark segregierende deutsche Bildungssystem aufbrechen könnte, steht also auch der Wunsch nach mehr Gerechtigkeit. Es gibt Forderungen, Grundschulen in benachteiligten Wohnquartieren mehr Geld und Personal zuzuteilen. Damit könnten Kinder mit schlechteren Startbedingungen bessere Bildungschancen bekommen. Studien zeigen, dass ein für alle Schüler*innen verpflichtender Ganzttag hierfür die beste Lösung ist. Ist die Ganztagsbetreuung freiwillig, wird sie nämlich überwiegend von sozial bessergestellten Familien in Anspruch genommen. Kinder aus Familien mit weniger Zugang zu Bildung fallen leicht durch das Raster.

Eine weitere Hoffnung teilen die Kultusminister*innen mit vielen Eltern: Ganzttagsschule soll helfen, Familie und Erwerbsarbeit besser miteinander zu vereinbaren. Als während der Corona-Pandemie Kitas und Schulen geschlossen waren, haben wir gesehen, dass es immer noch oft die Mütter sind, die diese Doppelrolle erfüllen müssen. Ab 2026 sollen Familien den gesetzlichen Anspruch haben, ihre Kinder im Grundschulalter an drei bis vier Tagen pro Woche sieben oder acht Zeitstunden

lang betreuen zu lassen – beginnend mit den dann neu eingeschulenden Kindern.

All das kann aber nur funktionieren, wenn in den Grundschulen viele unterschiedliche Berufsgruppen gut zusammenarbeiten und qualitativ hochwertige Bildungsangebote unterbreiten: angefangen bei den Lehrkräften über Erzieher*innen bis hin zu Kindheits-, Heil- und Sozialpädagog*innen. Der Ganzttag braucht ein Fachkräftegebot. Gerade für Grundschulkindern ist die ganztägige und pädagogisch hochwertige Bildung, Betreuung und Erziehung unverzichtbar. Leider werden in Deutschland nicht genügend Fachkräfte ausgebildet. Schon vor der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Ganzttagsschulplatz gibt es hier akuten Fachkräftemangel – und bezahlt werden diese Berufsgruppen immer noch schlecht. Dadurch sind die Rahmenbedingungen, unter denen sie arbeiten, nicht befriedigend. Es geht nicht nur ums Geld: Ihnen würde ein guter Ganzttag Rahmenbedingungen bieten, in denen sie ihren fachlichen Ansprüchen an die Arbeit mit Kindern gerecht werden können. Beim Ganzttagsangebot in den Kitas haben wir gesehen, dass der quantitative Ausbau häufig zulasten der Qualität ging. Das darf sich in den Grundschulen nicht wiederholen. Denn eine gute Ganztagsbetreuung kann manches kompensieren, was Familien manchmal nicht schaffen: den Kindern beim Lesen, Rechnen, Deutschsprechen helfen beispielsweise. Mindestens so wichtig wie die Förderung der kognitiven Fähigkeiten finde ich allerdings, die Kinder bei ihrer emotionalen und sozialen Entwicklung zu unterstützen – und da sehe ich großes Potenzial für den Ganzttag.

Solche Erwartungen dürfen natürlich nicht dazu führen, dass die Kinder überfordert werden und acht Stunden Ganzttagsschule als Stress erleben. Deshalb ist es wichtig, die Kinder selbst

zu fragen. Dazu gibt es noch nicht viele Studien. Ich führe gerade mit Masterstudierenden ein Lehrforschungsprojekt durch, in dem wir auch mit Kindern Interviews führen. Die wichtigste Frage ist für mich dabei: Was brauchst du, damit du dich im Ganzttag wohlfühlst? Aus einer anderen Untersuchung von Bastian Walther, Iris Nentwig-Gesemann und Florian Fried gibt es schon Ergebnisse: Kinder möchten gefragt werden, mitreden dürfen und den Ganzttag mitgestalten. Damit sie gerne in die Einrichtung kommen, ist es wichtig, dass sie ihre Beziehungen zum pädagogischen Personal als positiv erleben. Sie wollen sich respektiert und emotional gestärkt fühlen. Aber die Erwachsenen sollen auch nicht immer beobachten und lenken. Kinder brauchen „geheime“ Orte, Verstecke, wo sie auch mal unter sich sind, frei spielen können. In unserer Gesellschaft ist Kindheit stark verinselt und pädagogisiert. Das kann der Ganzttag aufbrechen, denn es steht ja mehr Zeit zur Verfügung. Und diese Zeit kann im besten Fall gemeinsam mit den Kindern geplant werden. Also nicht unbedingt: Früh morgens Schule, dann Hausaufgaben und erst dann darf gespielt werden. Im sogenannten rhythmisierten Ganzttag könnte die Schule später anfangen, längere Pausen zum Beispiel für Freispiel und Entspannung haben, Angebote für die sozial-emotionale Bildung könnten gleichberechtigt neben kognitiver Bildung stehen und Bildung für Kopf, Herz und Hand ermöglichen.

Der Ganzttag hat also viel Potenzial. Aber damit wir dieses Potenzial ausschöpfen können, müssen wir viel bessere Rahmenbedingungen schaffen.

Protokoll: Stefanie Hardick

Ein Gespräch mit
Prof.in Dr.in Anni Hentschel

Auf Widerspruch einlassen



Seit September 2022 ist Anni Hentschel Professorin für Neues Testament und Diakoniewissenschaft an der EH Freiburg. In ihrer Forschung beschäftigt sich die Theologin seit langem mit sozialer Gerechtigkeit und karitativem Handeln in der Bibel.

Frau Hentschel, spielt der Begriff Solidarität in der Bibel eine Rolle oder ist das eine moderne Idee?

Die Autoren der biblischen Texte verwendeten natürlich andere Begriffe, aber sie wollten vermitteln, dass Zusammenhalt und Gemeinsinn wichtig sind. Paulus hat dafür im ersten Korintherbrief zum Beispiel das Bild eines Körpers verwendet. Wir Menschen sind wie unterschiedliche Glieder dieses Körpers: Die Glieder sollen nicht danach streben, besonders wichtig zu sein. Schließlich leistet jedes seinen Beitrag, damit der gesamte Organismus leben kann. Zwar neigen wir Menschen dazu, die Glieder unterschiedlich wertzuschätzen, aber es bringt gar nichts, wenn sich der Kopf einen Plan überlegt und die Augen das Ziel sehen, man aber keine Füße hat, um sich in Bewegung zu setzen. Paulus sagt: Wenn einer leidet, leiden alle mit. Und wenn einer sich freut, sollen sich alle freuen.

Heute bezeichnet Solidarität häufig eine Situation, in der Stärkere etwas abgeben, um Schwächere zu unterstützen: Geld, Arbeitskraft, Aufmerksamkeit. Diesen Gedanken gab es damals nicht?

Doch! Die entstehenden christlichen Gemeinden lebten nach den sozialen Gesetzen des Judentums. Dass die Menschen aufeinander Rücksicht nehmen, spielt in den Geboten der Thora eine große Rolle. Die Nächstenliebe äußert sich dort in konkreten Handlungsanweisungen: Reiche sind zum Teilen verpflichtet. Arme Menschen sind keine Bittsteller, sondern haben das Recht auf

Unterstützung und Versorgung. Wenn im Hebräischen das Wort „Gerechtigkeit“ benutzt wird, müssten wir es eigentlich mit „Gemeinschaftstreue“ übersetzen. Es ist also ein Solidaritätsbegriff.

Wer zählt zu dieser Gemeinschaft? Gibt es Personen, die ausgeschlossen sind?

Zur Gemeinschaft zählen Mitglieder des eigenen Volkes, aber auch Fremde, die unter ihnen wohnen. Auch Gott verhält sich gemeinschaftstreu gegenüber allen Teilen seiner Schöpfung. Das ist aktuell besonders interessant, denn das schließt die Beziehungen zu Tieren ein, zu Pflanzen, zur Erde selbst.

Das klingt sehr modern. Früher hat man mit dem Hinweis auf die Bibel gesagt, es sei der Auftrag des Menschen, sich die Erde untertan zu machen.

Wenn man diesen Auftrag korrekt versteht, ist es keine Erlaubnis, alles auszubeuten. Der Mensch soll die Erde vielmehr bebauen und bewahren.

Können wir also tatsächlich aus 2000 Jahre alten Texten etwas für unsere heutige Gesellschaft lernen?

Ja, auf jeden Fall. Die Frage ist jedoch, was wir konkret lernen wollen. Wir können nicht die Inhalte, die in einer ganz anderen Zeit entstanden sind, einfach auf unsere Zeit übertragen. Gerade weil die Bibel die normative Grundlage für die christlichen Konfessionen ist, ist es wichtig zu reflektieren, welchen Aussagen wir heute noch eine normative Gültigkeit zuschreiben. Wir können durch die Texte die Erfahrungen und



Wirklichkeitsdeutungen der Menschen kennenlernen. Mich interessieren besonders sozialgeschichtliche und ethische Fragestellungen. Die Texte des Neuen Testaments sind auch als historische Zeugnisse spannend. Anders als die meisten antiken Schriften sind sie keine typische Literatur der Oberschicht, sondern sie geben uns einen Einblick in den Alltag der damaligen Zeit.

Wie schaffen Sie es, Texten, die Sie vermutlich in- und auswendig kennen, immer wieder etwas Neues zu entlocken? Ich versuche zu erkennen, wo ich „Vorurteile“ im hermeneutischen Sinne habe. Ich gehe oft semantisch vor, das heißt, ich untersuche, wie sich die Bedeutung von Begriffen verändert hat. Dafür arbeite ich vor allem mit griechischen und hebräischen Texten, denn in diesen Sprachen wurden die biblischen Texte

geschrieben. Oft ziehe ich andere antike Texte hinzu, dann brauche ich auch meine Lateinkenntnisse. Je nach Thema verknüpfe ich das mit den Methoden anderer Disziplinen, etwa der Geschichtswissenschaft oder der Soziologie. Das Thema meiner Doktorarbeit beispielsweise war ursprünglich ein explizites Genderthema: Ich habe mich gewundert, warum aus dem Begriff „Diakonia“, der einen niederen Dienst von Frauen und Sklavinnen bezeichnete, so schnell ein Titel für ein Leitungsamt werden konnte, das meistens von Männern ausgeübt wurde. Um zu verstehen, was der Begriff eigentlich bedeutete, habe ich mich im Verlauf meiner Arbeit dann auf semantische Fragen konzentriert.

Und was haben Sie herausgefunden? Man hat das griechische Wort „Diakonia“ lange missverstanden. Es bezeich-

nete keinen niederen Dienst, sondern eine Beauftragung. Mit Aufträgen konnten Frauen, Männer, Sklaven ebenso wie Könige betraut werden, je nach Aufgabe. Dadurch sind mir dann auch andere Missverständnisse aufgefallen. Es war zum Beispiel im Neuen Testament lange üblich, „Diakonos“ unterschiedlich zu übersetzen, je nachdem, ob ein männlicher oder ein weiblicher Name folgte: Männer wurden zu Amtsinhabern, Frauen zu Dienerinnen oder Helferinnen. Das hatte weitreichende Konsequenzen, denn als im 19. Jahrhundert der Diakoniebegriff für das soziale Engagement der protestantischen Kirche aufgegriffen wurde, verband man damit einen aufopfernden Dienst.

Den überwiegend Frauen bei schlechter Bezahlung leisteten ... Ja, leider. Solche geschlechtsspezi-

Man hat das griechische Wort „Diakonia“ lange missverstanden. Es bezeichnete keinen niederen Dienst, sondern eine Beauftragung.

fischen Rollenzuschreibungen sind im griechischen Begriff „Diakonia“ aber nicht enthalten. Die Lesenden hatten ihre jeweils eigenen Vorstellungen und interpretierten die biblischen Texte entsprechend.

Wenn „Diakonia“ im Neuen Testament aber eine Beauftragung durch Gott oder Jesus bezeichnet, haben wir eine andere Vorstellung: Für wichtige Aufgaben sucht man sich qualifizierte Personen. Und diese müssen professionell und zuverlässig arbeiten, denn sie sind Gott rechenschaftspflichtig. Damit sind Anerkennung und Autorität verbunden, die Möglichkeit, etwas zu gestalten.

Wie sind Sie dazu gekommen, sich so intensiv und kritisch mit der Bibel auseinanderzusetzen?

Im Gymnasium hatte ich einen sehr guten Religionslehrer, der mit uns darüber diskutiert hat, wie man die Bibel interpretieren muss. Von ihm habe ich gelernt, dass man den Texten nicht gerecht wird, wenn man einfach an sie glaubt. Später habe ich mit der Pfarrerin meiner evangelischen Studierenden-

gemeinde über theologische Fragen gesprochen, beispielsweise über antike Moralvorstellungen, die sich auch in der Bibel finden und die man nicht einfach auf unsere Zeit übertragen kann und muss. So habe ich gemerkt: Das interessiert mich, das will ich studieren! Die Idee, die Wissenschaft zu meinem Beruf zu machen, kam erst später. Zu Beginn meines Studiums wollte ich Pfarrerin werden. Mich hat es fasziniert, beruflich mit den unterschiedlichsten Menschen über Gott zu reden und sie in allen Lebenslagen zu begleiten.

Jetzt sind Sie Professorin. Was gefällt Ihnen daran besonders gut?

Ich lehre an der EH Freiburg auch Diakoniewissenschaft in den Studiengängen Gemeindediakonie und Soziale Arbeit. Dadurch hat meine Arbeit einen starken Gegenwartsbezug und eine enge Verbindung zu sozialen Fragen. Ich nehme mir Zeit, den Menschen der damaligen Zeit „zuzuhören“. Ich lerne, welche Vorstellungen sie von Gott hatten und wie ihnen ihr Glaube geholfen hat, soziale Missstände anzuprangern, mit

Geschlechterrollen umzugehen oder Krisen zu meistern. Wie bei Menschen darf man auch bei Texten nie denken, dass man schon alles weiß. Nur wenn ich mich darauf einlasse, dass meinen Erwartungen widersprochen wird, kann ich Neues entdecken.

Interview: Stefanie Hardick

Prof.in Dr.in Hiltrud Loeken

Ihre Herzensthemen sind **Chancengerechtigkeit und Inklusion – und sie setzt sich tatkräftig dafür ein. Seit 2008 war sie als Professorin für Wissenschaft Soziale Arbeit und Behindertenpädagogik tätig.**

Hiltrud Loeken blickt auf fünfzehn Jahre als Professorin an der EH Freiburg zurück. In dieser Zeit war die Erziehungswissenschaftlerin an wichtigen Gestaltungsprozessen innerhalb der Hochschule beteiligt: ab 2009 als Prodekanin, 2011–2015 als Dekanin des Fachbereichs Soziale Arbeit und von 2019 bis 2021 als Beauftragte für Lehre. So hat sie gemeinsam mit Kolleg*innen zum Beispiel das Qualitätshandbuch Lehre auf den Weg gebracht und eine Evaluationsatzung für Lehre erarbeitet. In Corona-Zeiten war sie maßgeblich daran beteiligt, dass schnellstens die Voraussetzungen für die Online-Lehre geschaffen werden.

Seit 2010 ist sie zudem Beauftragte für Studierende mit Behinderungen und chronischer Krankheit. In dieser Funktion hat sie bei der Planung der Generalsanierung des Hochschulhauptgebäudes dafür gesorgt, immer eine größtmögliche Barrierefreiheit im Blick zu haben. Ergebnis ist unter anderem, dass auf dem Campus alle Gebäude, Stockwerke und Räume auf kurzem Weg barrierefrei erreichbar sind. In der Beratung von Studierenden mit Beeinträchtigungen geht es ihr darum, Bedarfe auszuloten und individuell angepasste Nachteilsausgleiche, zum Beispiel bei Prüfungsmodalitäten, zu entwickeln oder Optionen einer individuellen Studiengestaltung aufzuzeigen. „Gemeinsam mit anderen beratenden Stellen an der Hochschule haben wir inzwischen ein gutes Netz an verschiedenen Unterstützungsangeboten für Studierende mit Beeinträchtigungen aufgebaut“, freut sich Loeken.

Nach ihrem Studium der Sozialarbeit/-pädagogik an der FHWiesbaden

arbeitet Loeken zunächst in der offenen Jugendarbeit in Wiesbaden. Im Anschluss beginnt sie ein Zweitstudium der Pädagogik in Frankfurt am Main, promoviert in Erziehungswissenschaften und arbeitet am Institut für Sonder- und Heilpädagogik. Dabei forscht sie zu der Frage, wie Kooperationen zwischen verschiedenen Hilfesystemen und Disziplinen gelingen kann.

Schnittstellenprobleme benennen, Netzwerke aufbauen und neue Hilfesettings entwickeln – das treibt die Wissenschaftlerin an. So setzt sie sich in einem Studienprojekt zum Thema „Begleitete Elternschaft“ damit auseinander, wie Freiburger Hilfeangebote für Eltern mit kognitiver Beeinträchtigung und deren Kinder besser vernetzt werden können. Es ist zugleich ihr Anliegen, das Thema Behinderung in der Sozialen Arbeit stärker zu konturieren: „Lange wurde davon ausgegangen, die Arbeit in der außerschulischen Behindertenhilfe sei wenig professionalisiert, was jedoch längst nicht mehr stimmt. Inzwischen sind in diesem Bereich viele akademisch qualifizierte Fachkräfte – auch aus der Sozialen Arbeit – tätig.“ Ihre Expertise für Inklusion brachte Loeken von 2016–2021 auch in die Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden ein.

Der Abschied von der Hochschule fällt Loeken nicht leicht. „Es ist einfach eine tolle Arbeit. Und es ist ein schönes Gefühl, junge Menschen ins Denken zu bringen und etwas weiterzugeben.“

Lisa Gabauer



Abschied aus dem
Hochschuldienst

13 HAW — SO GUT WIE STAATLICH!

Eine von 13 Hochschulen in kirchlicher Trägerschaft

Die Evangelische Hochschule Freiburg ist eine von 13 HAW (Hochschulen für Angewandte Wissenschaften)¹⁾ in kirchlicher Trägerschaft. Sie sind in der RKHD²⁾ verbunden, zusammen sind sie stark: Die RKHD vertritt die gemeinsamen Interessen der Mitgliedshochschulen gegenüber den gesellschaftlichen, kirchlichen, hochschulpolitischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Alle 13 Hochschulen bilden Fachkräfte für das Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen sowie für Kirchen aus.

Anzahl der
Studiengänge

155

- davon 87 Bachelorstudiengänge
- davon 168 Masterstudiengänge

Studierende
insgesamt³⁾

23 439

- 18488 Frauen
- 4951 Männer
- Anteil ausländischer Studierender: 5 Prozent

Personal
gesamt

1 791

- Personal, wissenschaftlich und künstlerisch gesamt: 968
 - davon 629 Professor*innen
 - davon 278 Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen in Forschung und Lehre
 - davon 61 Lehrkräfte für besondere Aufgaben
- Verwaltungs-, technisches und sonstiges Personal: 823

¹⁾ früher Fachhochschule (FH), heute bundesweit mehrheitlich HAW

²⁾ RKHD = Rektorenkonferenz der Hochschulen in kirchlicher Trägerschaft Deutschlands

³⁾ Die Gesamtheit der Studierenden umfasst Menschen aller Geschlechter. Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit den Angaben des Statistischen Bundesamts, das den Anteil an diversen Studierenden nicht ausweist, verzichten wir hier auf die gesonderte Angabe.

Mehr Info zu
RKHD – Hochschulen:



Prof.in Dr.in
Renate Kirchhoff

Miteinander ist Strategieaufgabe

Forschen an
der EH
Freiburg



Hochschulentwicklung, verstanden als die inhaltliche und organisatorische Ausrichtung der Hochschule an aktuellen und zukünftigen gesellschaftlichen Aufgaben, lebt von den Lehrenden. Die Berufungskommissionen und der Hochschulsenat haben eine weitreichende Verantwortung für die Zukunft der Hochschule, wenn sie Entscheidungen über die Besetzung der Professuren treffen. Die Konzeption der Professuren ist also ein zentrales Element der Hochschulstrategie, denn die berufenen Professor*innen sind für viele Jahre unser Potenzial. Sie bearbeiten gesellschaftliche Fragen von heute und morgen. Und sie qualifizieren Studierende für eine berufliche und akademische Tätigkeit, die erst 3,5 bis 7,5 Jahre nach Studienbeginn aufgenommen wird. Sie sollten also inhaltlich und didaktisch auf der Höhe der Zeit agieren, ihr vielleicht sogar voraus sein.

Perspektiven zusammenbringen

Mit den Kolleg*innen, die wir verabschieden, schauen wir zurück: Was haben sie zur Entwicklung von Lehre, Forschung, Transfer, Selbstverwaltung und Hochschulkultur beigetragen? Was gegeben, was bekommen und mitgenommen? Auch bei Neuberufungen ist es wichtig, strategisch über das Miteinander, über sinnvolle Kooperationen und Netzwerke nachzudenken.

Wer sich an einer SAGE¹¹-Hochschule bewirbt, weiß, dass soziale Innovationen Gemeinschaftsaufgaben sind. In allen Bewerbungsverfahren wird deutlich: Zusammenarbeit in der Hochschule sowie mit anderen Hochschulen enthält immer die Frage nach der Qualität des Arbeitsplatzes. Gibt es Systeme der – kollegialen – Unterstützung untereinander? Ist nicht nur Interdisziplinarität, sondern auch Mehrperspektivität innerhalb der Fächer gewünscht? Wie viel Interesse gibt es an mitgebrachten Projekten und Netzwerken, welche Strukturen für Austausch unter den Forschenden und Lehrenden?

Die Hochschule nutzt Instrumente der Personalgewinnung und -entwicklung, um von neuen Netzwerken, vielfältigen Zugängen und Perspektiven zu profitieren: die Winterschool für Postdocs, Mentoring und Coaching der Berufenen zur persönlichen Profilbildung. Die Neuen bringen ihre Kontakte zu Akteuren aus der Politik, (Sozial-)Wirtschaft und Zivilgesellschaft ein, eigene Perspektiven auf Prozesse und Ziele. Sie prägen die Hochschulkultur mit. Daraus können Impulse entstehen, die unsere Denk- und Handlungsspielräume in allen Bereichen der Hochschule erweitern.

Erfolgsfaktor Forschungsinfrastruktur

Neuberufene Professor*innen haben die Aufgabe, das Profil der Hochschule weiterzuentwickeln, indem sie eigene Schwerpunkte setzen und neue Diskurse eröffnen, etwa im Rahmen der bereits etablierten Forschungsschwerpunkte Kindheitspädagogik und Geschlechterforschung. Daneben werden in der Forschung neue Schwerpunktthemen generiert, die wiederum neue Kooperationen mit sich bringen. Zum Beispiel die Wertebildung in der Friedensforschung am Friedensinstitut der Hochschule. Oder Antirassismus und Migration. Ein Erfolgsfaktor hierfür ist, dass wir gezielt eine aktive Forschungsumgebung gestalten – auch durch unsere neue Forschungsinfrastruktur, das IAF – Institut für Angewandte Forschung.

Ein Drittel neue Professor*innen

Das IAF-Modell bietet Raum für Interessen und Arbeitskonzepte von forschungsstarken Wissenschaftler*innen und Unterstützung insbesondere für neu berufene Professor*innen. Tatsächlich hat sich die EH Freiburg deutlich verändert: Ein Drittel unserer Professor*innen wurde in den letzten vier Jahren aus dem aktiven Hochschuldienst verabschiedet. Ebenso viele neue Professor*innen haben wir an die EH Freiburg berufen. Neuzugänge brauchen wir für echte Außenperspektiven, nicht etwa um die Anzahl von Professorinnen zu erhöhen – anders als fast alle Hochschulen der HRK: Seit etwa zwölf Jahren haben wir eine nahezu ausgeglichene Verteilung; knapp die Hälfte sind männliche, gut die Hälfte weibliche Professor*innen.

¹¹ SAGE-Hochschulen sind Hochschulen der Bereiche Soziale Arbeit, Gesundheit, Erziehung und Bildung



Leser*innenumfrage

Inzwischen gibt es drei Ausgaben von ev.olve – unserem Hochschulmagazin: Anlass für uns, nachzufragen. Denn wir möchten das Heft noch besser auf Ihre Lesebedürfnisse hin zuschneiden. Dafür brauchen wir Ihr Feedback! Per Klick auf den QR-Code gelangen Sie zu unserer kurzen Umfrage: Sagen Sie uns Ihre Meinung – und gestalten so ev.olve mit!



Unser Hochschul- Newsletter

Gefördert von:



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST